

Türkei-Forscher Ludwig Schulz über das türkische Verfassungsreferendum, Gründe für Erdoğan's großen Rückhalt in der Bevölkerung und Einflussmöglichkeiten Deutschlands

„Erdoğan ist nicht aufzuhalten“

Es ist ein düsteres Bild, das der Türkei-Experte Ludwig Schulz zeichnet. Er glaubt, Erdoğan wird das Verfassungsreferendum gewinnen. Letztendlich sei das aber unerheblich, denn auch im Falle einer Niederlage würde der die autokratische Machtkonsolidierung fortführen – mit Hilfe des Ausnahmezustands. Mit großen Auswirkungen auch auf Deutschland.

BSZ Herr Schulz, am Sonntag entscheidet das türkische Volk über das Verfassungsreferendum. Wagen Sie eine Prognose?

LUDWIG SCHULZ Recep Tayyip Erdoğan hat alle Wahlen und Referenden seit 2002 gewonnen und nun eine nationalistisch-konservative Allianz hinter sich vereint. Das sollte reichen, um über 50 Prozent der Stimmen zu bekommen.

BSZ Warum hat Erdoğan noch immer so viele Anhänger – angesichts der Rechtlosigkeit und Willkür muss doch bald jeder um seine Existenz und Freiheit fürchten?

SCHULZ Die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei ist konservativ

scheinbar stark sehen, wenn sie ihn unterstützen.

BSZ Und Erdoğan verschweigt auch, wie sehr die Wirtschaft der Türkei leidet. Investoren ziehen sich zurück und der Tourismus erlebt einen massiven Einbruch.

SCHULZ Ja, die wirtschaftliche Lage ist in manchen Bereichen zunehmend prekär. Die Lira hat massiv an Wert verloren, Arbeitslosigkeit und Inflation sind hoch. Zudem sind gerade ausländische Investoren sehr verunsichert, da ihnen die politische Stabilität der letzten 15 Jahre fehlt. Die Regierung hält sich mit Staatsaufträgen in Infrastruktur und Energie über Wasser, doch das sind weder nachhaltige Investitionen für Arbeitsmarkt und Wirtschaftswachstum noch Entlastungen für den zunehmend angespannten Staatshaushalt.

BSZ Setzt Erdoğan damit aber nicht auch den eigenen Rückhalt in der Bevölkerung aufs Spiel?

SCHULZ In vieler Hinsicht scheint es jedenfalls, dass Erdoğan merkt, dass er mit dem Rücken zur Wand steht: innenpolitisch nach dem Putschversuch, die Wirtschaft schwächelt, außenpolitisch häufen sich die Probleme. Durch das Referendum kann er seine Machtposition festigen.

BSZ Was, glauben Sie, passiert nach dem Referendum?

SCHULZ Im Erfolgsfall beginnt eine Übergangszeit bis 2019, bis die meisten Reformen voll greifen. An-

„Auch in Deutschland und Bayern wird mit Erdoğan Wahlkampf betrieben und entsprechend provoziert“

dere, wie etwa die Parteizugehörigkeit des Präsidenten, sollen sofort umgesetzt werden. Damit beginnt dann die Gewaltenverschränkung, die der demokratischen Gewaltenteilung widerspricht. Manche Beobachter argumentieren allerdings, dass es unerheblich ist, ob Erdoğan das Referendum gewinnt oder verliert. In letzterem Fall bleiben der Ausnahmezustand und damit die Durchgriffsrechte der Exekutive einfach aufrechterhalten.

BSZ Welche Hebel haben dann Deutschland und die EU, auf Erdoğan einzuwirken?



Kult um Recep Tayyip Erdoğan: Die Mehrheit der Türken ist konservativ und patriotisch bis nationalistisch, sagt Experte Schulz.

FOTO DPA

SCHULZ Erdoğan's autoritäre Machtkonsolidierung wird nicht aufzuhalten sein. Der einzige Hebel – die Beitrittsverhandlungen mit der EU – greift längst nicht mehr. Über Reform oder Repression wird in Zukunft der Präsident selbst entscheiden. Momentan wären Anreize wichtig, um die Politisierung herunterzufahren, sich wieder auf verbindende Sachfragen zu konzentrieren: Wirtschaft und Handel, Wissenschaft und Technik, die politische und soziale Entwicklung in der Regi-

der Zweifler in der Türkei, die die EU als unehrlich oder gar feindlich der Türkei gegenüber betrachten, in ihren Ansichten bestärkt.

BSZ Welche Anreize könnte die EU an die Türkei denn sonst senden?

SCHULZ Mittelfristig wird man einen Plan B zum EU-Beitritt benötigen – die Brexitverhandlungen mit Großbritannien können eine alternative Form der Mitgliedschaft hervorbringen, die auch für die Türkei interessant sein könnte. Eine Reform der Zollunion, Visafreiheit und eine gemeinsame Grenzpolitik, Sicherheit und Verteidigung – all diese Felder bieten Gelegenheit zur vertieften Zusammenarbeit.

BSZ Wer braucht wen mehr? Die Türkei Deutschland oder umgekehrt?

SCHULZ Das ist kaum zu sagen. In vielen Bereichen ist die Beziehung so eng, dass man einander braucht – aber gleichsam drohen beide immer wieder mit Scheidung. Doch Politik ist keine Ehe, sondern eine andauernde Unternehmung, die vor allem Verständigung, Kompromissbereitschaft und Orientierung verlangt. Das vor allem wollen die Menschen auf beiden Seiten, die sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nähergekommen sind, von den Politikern, die dieser Aufgabe derzeit aber nicht nachkommen.

BSZ Auf die anhaltenden Provokationen Erdoğan's hat die Bundesregierung aber doch sehr zurückhaltend reagiert. War das klug?

SCHULZ Bürger verlangen von der deutschen Politik klare Kante gegen solche Anfeindungen. Gerade nun, vor den Bundestagswahlen, tut sich die deutsche Opposition leichter damit als die Regierung, die ihre Reaktionen abwägen muss. In der Sache aber waren die moderaten Reaktionen gut, denn antitürkische Reaktionen aus Europa hätte Erdoğan für seine nationalistische Politik vor dem Referendum noch mehr instrumentalisiert.

BSZ Wird Erdoğan nach dem Referendum die Provokationen Richtung EU und Deutschland wieder einstellen?

SCHULZ Er dürfte sie einstellen, sofern sie ihm nicht mehr nützlich sind. Dass Erdoğan damit die Beziehungen aber langfristig vergiftet hat, hat Tiefenwirkung. Allerdings dürfen wir nicht übersehen, dass auch in Deutschland mit Erdoğan und der Türkei Wahlkampf betrieben wird und entsprechend auch bei uns provoziert wird.

BSZ Inwiefern?

SCHULZ Gerade die Oppositionsparteien nutzen die Chance, beispielsweise den Flüchtlingspakt der Bundeskanzlerin mit der Türkei bezie-

hungsweise die Unberechenbarkeit Erdoğan's zu kritisieren – ohne jedoch konstruktive Vorschläge zu machen, wie das Problem gelöst werden sollte. Zudem bedienen linke Parteien hierzulande auch stets ihre Klientel – zum Beispiel in der kurdischstämmigen Community. Ebenso gehört es zum Standard der CSU, bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Abbruch der Beitrittsverhandlungen zu fordern – obwohl der Beitritt sowieso fern der Tagesordnung steht. Hierbei geht es nur darum, die konservativen Stammwähler in der Türkeifrage an sich zu binden.

BSZ Immer wieder droht Erdoğan mit der Aufkündigung des Flüchtlingsabkommens. Wie realistisch ist diese Gefahr?

SCHULZ Es ist gut möglich, dass die Türkei erklärt, sich an die Vereinbarung nicht mehr gebunden zu fühlen. Dann dürften wieder Flüchtlinge versuchen, auf griechische Inseln überzusetzen oder auf dem Landweg in die EU zu kommen. Gerade im deutschen Wahlkampf wären solche Entwicklungen Wasser auf die Mühlen der Populisten. Allerdings müsste die Türkei dann auch wieder allein die drei Millionen Flüchtlinge im Land versorgen – eine Kündigung wäre für sie also kostspielig.

Interview: ANGELIKA KAHL

SPD beklagt: Hubschrauber für Polizei-Spezialeinheiten fehlen

Bayerns Mankos beim Anti-Terrorkampf

Die Landtags-SPD fordert dringend die Anschaffung geeigneter Transporthubschrauber für Spezialeinsatzkommandos der Polizei. Hier gebe es derzeit eine gravierende Lücke, beklagte der SPD-Sicherheitsexperte Peter Paul Gantzer. Selbst bei Notlagen, etwa bei Anti-Terror-Einsätzen, müssten die Spezialeinheiten zum Teil per Auto von München oder Nürnberg aus zum jeweiligen Einsatzort fahren. „Wenn Terroristen zuschlagen, müssen die örtlichen Polizeikräfte unverzüglich Unterstützung von Anti-Terror-Einheiten bekommen“, sagte der SPD-Politiker. „Und das darf nicht daran scheitern, dass gerade kein Hubschrauber greifbar ist. Das Innenministerium muss hier schleunigst nachbessern“, forderte er.

In einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage Gantzer's heißt es, derzeit verfüge die bayerische Polizeihubschrauberstaffel über acht Hubschrauber vom Typ „H 135“, die 2009/2010

angeschafft worden seien. „Eine kurzfristige Neu- bzw. Ersatzbeschaffung steht gegenwärtig nicht an.“ Weiter heißt es lediglich: „Bei erkannter Erforderlichkeit werden im Bedarfsfall Anpassungen der Einsatzmittel im Rahmen haushaltsrechtlicher Möglichkeiten vorgenommen.“

Gantzer kritisierte, die gegenwärtig bei der bayerischen Polizei eingesetzten Hubschrauber könnten maximal vier ausgerüstete SEK-Beamte transportieren – eine SEK-Gruppe bestehe in der Regel jedoch aus zwölf Mann. Zudem stünden kurzfristig zu wenige Hubschrauber zur Verfügung. Gegebenenfalls müssten diese sogar erst aus einem anderen Einsatz zurückgerufen werden, klagte er.

Das Ministerium argumentiert, das derzeitige Hubschraubermode- ll sei „für den überwiegenden Teil der bei der bayerischen Polizei erforderlichen Einsatzlagen ausreichend leistungsfähig“. Bei einem erforderlichen Einsatz

würden alle verfügbaren Hubschrauber eingesetzt. Das könnten „anwachsend auch sechs bis sieben“ gleichzeitig sein, wie etwa beim Amoklauf in München im

portiert werden. Lediglich bei „akuten Gefährdungslagen“ in entfernteren Orten erscheine eine schnelle Hubschrauber-Verlegung eines aus vier Spezialisten beste-



Ein Polizeihubschrauber vom Typ Eurocopter H 135.

FOTO DPA

Juli 2016. In „Extremlagen“ könne zudem auf Hubschrauber der Bundespolizei zurückgegriffen werden, was auch schon so praktiziert worden sei. Zudem könnten Teile der SEK-Ausrüstung ohnehin nur in Fahrzeugen trans-

henden SEK-Interventionsteams sinnvoll. Das Ministerium räumt allerdings auch ein, dass die Anforderungen an Polizeihubschrauber etwa in Amok- oder Terrorlagen heute andere seien als früher. > DPA

Wer sie abonniert, der profitiert.
bayerische-staatszeitung.de/abo

Die Qualität von INFORMATION entscheidet.

Die Bayerische Staatszeitung im Jahresabonnement. Jeden Freitag. Auch digital.

Jeden Freitag, 12 Monate für nur € 92,50

Rufen Sie uns an: 089/29 014 259

BSZ Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger